



Netzpolitische Positionen zur Kommunalwahl 2011 in Hessen

- Freie Software
- Medienkompetenz
- Open Government
- Green IT
- Breitbandversorgung
- Positionen zur Piratenpartei



Positionspapier der LAG Medien zur Verwendung freier und quelloffener Software in der Verwaltung

Die Landesmedien AG der Grünen Hessen empfiehlt den grünen Kommunalparlamentariern, in den Kommunen, Kreisen und Gemeinden über Anträge, Beschlüsse oder direkte Entscheidungen darauf Einfluss zu nehmen, weitestgehend quelloffene Software (OpenSourceSoftware=OSS) und freie Software, die unter der GPL (GNU General Public License) stehen, zu verwenden¹. Dies hat für die öffentliche Verwaltung zum einen finanzielle Vorteile, da die Zahlung nicht unerheblicher Lizenzgebühren für sog. proprietäre Software (wie z.B. Microsoft Windows oder Microsoft Office) entfällt, zum anderen entfällt aber auch die oftmals einengende vertragliche Bindung an ausschließlich einen Softwarehersteller, der damit neuere und flexiblere Lösungen verhindert. Ein weiterer Vorteil könnte sein, dass bei Verwendung von FOSS in der öffentlichen Verwaltung eine größere Nachfrage nach FOSS für die verschiedenen Bereiche der Verwaltung entsteht, die gerade kleinere und regionale Softwarehersteller fördern könnten.

FOSS in der öffentlichen Verwaltung einzusetzen ist nicht neu, aber immer noch nicht allgemein akzeptiert. Am bekanntesten ist das Beispiel der Stadt München, die schrittweise unter tatkräftigem Anschub durch die mitregierenden GRÜNEN die Umstellung auf FOSS vorantreibt, das sog. LIMUX-Projekt (<http://www.muenchen.de/limux>). Auch in Wien erfolgte eine teilweise Umstellung ("WIENUX") nicht zuletzt aufgrund grüner Anregung, ebenso wie in etlichen deutschen Städten. Hessen befindet sich allerdings derzeit noch voll in der Hand von Anbietern proprietärer Software. So ist ausgerechnet das von den GRÜNEN mitregierte Frankfurt eine mehrjährige Vertragsbindung mit Microsoft eingegangen. Eine erste Trendwende ist allerdings zu vermerken: So zeigt sich die Gießener Landrätin sehr aufgeschlossen, nachdem ein Mitglied der LAG Medien (Benny Hagemann soll nicht unerwähnt bleiben) dort im Rahmen seiner Diplomarbeit wichtige Aufklärungsarbeit geleistet hat.

¹ im Folgenden wird die Abkürzung FOSS aus Vereinfachungsgründen für beide Arten von Software verwendet



Einsatzbereiche von FOSS

Serverbetriebssysteme

Als Alternative zu den MS Windows Serverbetriebssystemen bieten sich Linux-Systeme an. Im Serverbereich ist der Systemwechsel auch am leichtesten zu vollziehen. Um gleich Missverständnissen vorzubeugen: kostenlos zu beschaffende Linuxsysteme erfordern die gleichen administrativen und personellen Kosten wie jedes andere Serverbetriebssystem. Es entfallen die nutzerabhängigen Lizenzkosten, was bei ein paar hundert bis tausend Mitarbeitern schon den einen oder anderen Euro einsparen kann. Der große Vorteil sind neben der Unabhängigkeit und Lizenzkostensparnis aber vor allem

- die individuelle Anpassungsfähigkeit auf die jeweiligen Erfordernisse (entsprechende Mitarbeiter und Servicepartner vorausgesetzt),
- die sehr schnelle Fehlerbeseitigung (kein Warten auf sog. Servicepacks) und
- die damit verbundene höhere Sicherheit.

Die oftmals behauptete fehlende Kompatibilität (Verträglichkeit) mit vorhandenen Arbeitsplatz-PCs und der darauf laufenden sog. Standard(=MS)-Software existiert nicht. Im Gegenteil: Linux-Serverbetriebssysteme sind zu nahezu allen Plattformen kompatibel, was man gerade von Windowsservern nicht sagen kann.

Serverbasierte Software

Auf Servern laufende Anwendungsprogramme werden von vielen Softwarefirmen aus Bequemlichkeit aber sehr häufig auch aus Unkenntnis nur für ein Windows-Betriebssystem programmiert. Daher sollte unabhängig von den aktuellen Serverbetriebssystemen immer auf die Beschaffung einer betriebssystemsunabhängigen Software bzw. einer mehrbetriebssystemsfähigen Software geachtet werden. Insbesondere bei datenbankgestützten Programmen sollte die Einschränkung einer nur auf einem Betriebssystem laufenden SQL-Datenbank (MS SQL Server) vermieden werden, auch wenn eine Migration auf ein anderes Betriebssystem aktuell noch nicht ansteht. Gerade in diesem Bereich existieren gleichwertige FOSS-Lösungen.

Arbeitsplatzbetriebssysteme

Auch im Arbeitsplatzbereich existieren mittlerweile Linux-Alternativen, die sowohl vom Komfort wie der Anwendungsbreite und Anwendungsfreundlichkeit hinter den Windows-Betriebssystemen nicht mehr zurückstehen. Hier wird eine Umstellung allerdings langwieriger und aufwendiger sein (Gewöhnung der MitarbeiterInnen an Windows). Umstellungs- (Migrations-)kosten sind aber üblicherweise gleich denen von einer Windows- auf eine höhere Version.



Anwendungssoftware

Auch hier sollte bei der Beschaffung auf FOSS-Alternativen geachtet werden, vor allem solche, die betriebssystemunabhängig oder mehrbetriebssystemfähig einzusetzen sind. Damit wird ein späterer Betriebssystemwechsel erleichtert. Herausragendstes Beispiel ist der Einsatz von Office-Software: hier bietet sich als Alternative zum proprietären Microsoft-Produkt die zudem noch kostenlose OpenOffice-Suite an. Die oftmals befürchteten Umstellungs- und Umschulungskosten sind geringer als z.B. vom MS Office 2003 auf MS Office 2007.

Maßnahmekatalog

Für die Grünen Kommunalpolitiker bieten sich u.a. folgende Maßnahmen an:

Den Einsatz von FOSS in den Kommunen stärken. FOSS-Software sollte überall dort zum Einsatz kommen, wo dies möglich und sinnvoll ist:

- Über Anträge zum Einsatz von OpenOffice statt Bindung an proprietäre Software,
- Einwirken auf kommunale Institutionen und – soweit möglich – auch auf Schulen FOSS einzusetzen,
- Beschaffung allgemeiner und anwendungsspezifischer Software von deren Mehrbetriebssystemfähigkeit abhängig machen.

Überprüfung kommunaler Soft- und Hardwareausstattung auf den Einsatz von FOSS:

- Anfragen an die Verwaltung zur Aufstellung, der Verwendung und der Anschaffungs- und Lizenzkosten von proprietärer und freier Software im Server- und im Arbeitsplatzbereich,

Für den Einsatz von FOSS werben, um die Sensibilität für die bestehende Systemvielfalt bei IT- und Budgetverantwortlichen zu erhöhen:

- Einstellungen in den IT-Abteilungen an der Systemvielfalt statt an monopolistischer Einfalt orientieren,
- Für Kostenkalkulationen beachten, dass diese herstellerneutral erstellt werden
- Einwirken auf IHKs und andere Ausbildungsstätten Prüfungen programmneutral anbieterneutral zu formulieren und durchzuführen (keine Festlegung auf Text- oder Tabellenkalkulationsformate einzelner Hersteller sondern Verwendung offener Dokumentenformate) .

Medienkompetenz

Medienkompetenz ist eine wichtige Voraussetzung zur Kommunikation und zur Teilhabe an der Wissensgesellschaft. Der Begriff Medien umfasst dabei Bücher und Zeitschriften, Fernsehen und Radio, Computer und Internet und neuerdings auch das Handy.

Medienkompetenz gliedert sich in folgende 5 Bereiche.

- unterschiedliche Medien kennen und nutzen zu können
- sich in der Medienwelt orientieren zu können
- mit anderen innerhalb eines Mediums zu kommunizieren
- sich mit einem Medium kritisch auseinanderzusetzen
- innerhalb eines Mediums selbst kreativ zu werden

Medienkompetenz für alle

Hauptsächlich sollen Kinder und Jugendliche Medienkompetenz erwerben.

Die Nutzung von Medien insbesondere von Internet und Handy ist inzwischen ein fester Bestandteil des Alltags unserer Kinder und Jugendlichen geworden. Dies heißt allerdings nicht, dass sie auch kompetent mit diesen Medien umgehen können. Insbesondere die kritische Auseinandersetzung mit dem Medium aber auch die Kommunikation innerhalb des Mediums muss den Kindern und Jugendlichen vermittelt werden.

Hier geht es zum Beispiel um den richtigen Umgang in sozialen Netzwerken oder um das Erkennen von betrügerischen Internetseiten. Der sichere Umgang mit Computer und Internet erhöht die Chancen bei der Auswahl der Berufsausbildung, da dies inzwischen fester Bestandteil vieler Arbeitsplätze ist.

Das Thema Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen ist auch eine Frage der Bildungsgerechtigkeit. Insbesondere Kinder aus sozial schwachen Familien oder Kinder mit Migrationshintergrund haben oftmals nicht die gleichen Chancen sich mit Medien auseinanderzusetzen wie andere Kinder und werden daher von der Wissens- und Informationsgesellschaft ausgegrenzt.

Es ist wichtig diese digitale Ausgrenzung abzubauen und Medienkompetenz allen Kindern und Jugendlichen gleichermaßen zu vermitteln. Hierbei hat die Schule eine besondere Verantwortung. Medienkompetenzerziehung muss fester Bestandteil des Unterrichtes werden. Dabei geht es nicht nur um den sicheren Umgang mit Computern und Internet, sondern auch um die Einbeziehung von multimedialen Inhalten wie zum Beispiel Lernsoftware im Unterricht.

Um die erforderliche Medienkompetenz zu vermitteln, müssen Lehrer auch über entsprechende Kompetenzen verfügen. Es müssen entsprechende Angebote und Fortbildungen für Lehrer ausgebaut werden.

Bei der Vermittlung von Medienkompetenz haben aber auch die Eltern eine entsprechende Verantwortung. Die meisten Kinder und Jugendliche surfen von zu Hause und meistens alleine im Internet. Die Eltern haben hierbei eine wichtige Vorbild- und Kontrollfunktion und müssen ihre Kinder zum richtigen Umgang mit dem Internet anleiten. Dieser Verantwortung können viele Eltern nicht nachkommen, da sie sich oftmals mit dem richtigen Umgang neuer Medien nicht genügend auskennen oder Berührungspunkte hinsichtlich dieser Medien haben.

Auch hier muss es entsprechende Angebote für Eltern geben, damit Eltern die notwendige Medienkompetenz erlangen und diese an ihre Kinder weitervermitteln können.

Der richtige Umgang mit Medien ist also nicht nur für Kinder und Jugendliche wichtig, sondern auch für Lehrer und Eltern. Für die unterschiedlichen Zielgruppen müssen daher Angebote zum Erlangen von Medienkompetenz geschaffen und ausgebaut werden.

Einrichtung von Medienkompetenzzentren

Bündnis 90/Die Grünen wollen die kommunalen Angebote im Bereich Medienkompetenz stärken und weiter ausbauen.

In jeder Kommune soll es Angebote für Kinder und Jugendliche, aber auch für Erwachsene und Lehrer geben. Die Angebote sind dabei so zu gestalten, dass keine digitale Ausgrenzung stattfindet. Es muss die Möglichkeit für alle bestehen, die Angebote – auch kostenfrei – wahrzunehmen.

Dafür sollen in den Kommunen Medienkompetenzzentren geschaffen werden, die diese Angebote koordinieren und weiterentwickeln. Die Medienkompetenzzentren dienen auch als Anlaufstelle und Informationsstelle der Bürger bei Fragen zum richtigen Umgang mit den Medien. Insbesondere Kinder und Jugendliche sollen das Beratungsangebot der Medienkompetenzzentren nutzen.

Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich daher dafür aus, die Medienkompetenzzentren dort einzurichten, wo sich vermehrt Kinder und Jugendliche aufhalten, zum Beispiel Jugendzentren oder Büchereien. Büchereien werden zudem auch von Erwachsenen besucht und können den Umgang mit dem Medium Buch und dem Medium Internet vermitteln. Sie sollten daher bevorzugt als Medienkompetenzzentren ausgebaut werden.

Um die Medienpädagogik und die Vermittlung von Medienkompetenz auch in Schulen ausbauen zu können, ist eine entsprechende Fortbildung der Lehrer unabdingbar. Aber auch die entsprechende Ausstattung muss an den Schulen vorhanden sein.

Bündnis 90/Die Grünen wollen die Ausstattung der Schulen mit Computern und entsprechendem Internetanschluss erhöhen. Außerdem wollen wir die Ausstattung mit Lernsoftware zur Vermittlung von multimedialen Lerninhalten verbessern.



DEMOKRATISCHE INFORMATIONSKULTUR FÖRDERN? – OPEN GOVERNMENT!

5-Punkte-Plan der Landesarbeitsgemeinschaft Medien & Netzpolitik

Die Innovationen der Kommunikationstechnologie eröffnen neue Möglichkeiten zur gesellschaftlichen und politischen Partizipation.

Bündnis 90/ Die Grünen möchten diese Partizipationsmöglichkeiten nutzen und ausbauen.

Wir möchten die Bürger einladen, über das Internet mit zu entwickeln und mit zu planen.

Die Nutzung der Möglichkeiten des Internets folgen dabei den Leitlinien Teilhabegerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Informationeller Selbstbestimmung.

Die Nutzung digitaler Kommunikation ist noch nicht in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung verwirklicht.

Die kommunale Verwaltung muss diesen Prozess annehmen und in effizientes und bürgernahes Handeln umsetzen.

Dazu haben wir folgende fünf Handlungsfelder identifiziert:

1. HANDELN TRANSPARENT GESTALTEN, INFORMATIONSFREIHEIT DURCHSETZEN

Bürger müssen zur Teilhabe an demokratischen Prozessen eingeladen werden.

Um die Transparenz demokratischer Entscheidungsprozesse zu erhöhen, müssen die Termine und Ergebnisse von Sitzungen der Ausschüsse und des Stadtparlaments den Bürgern unkompliziert zur Verfügung gestellt werden.

Die Nutzerfreundlichkeit parlamentarischer Infosysteme wie ParlIS muss kontinuierlich weiter entwickelt und verbessert werden.

Darüber hinaus müssen die Vorgaben des (Bundes-)Informationsfreiheitsgesetzes auf den kommunalen Alltag angewendet werden.

Für Bündnis 90/Die Grünen gilt: Alle Informationen über kommunales Handeln sind den Bürgern zugänglich zu machen, solange nicht in Persönlichkeitsrechte eingegriffen wird..

In diesem Zusammenhang fordern wir, Transparenz auch im Hinblick auf die Einkünfte der Abgeordneten herzustellen.

2. BASISDEMOKRATIE STÄRKEN? – ELEKTRONISCHE BETEILIGUNGSFORMEN AUSBAUEN!

Auch innerhalb der Wahlperioden sollen sich Bürger aktiv an demokratischen Prozessen beteiligen können.



Die Möglichkeiten der direkten Demokratie im Internet sollen ausgebaut werden.

Dazu wollen wir alternative Beteiligungsformen wie Bürgerforen im Internet oder die Möglichkeit von e-Petitionen unterstützen und ausbauen. Beispiele hierfür sind der Bürgerhaushalt, digitale Schlaglochkarten u.ä...

3. WISSEN FÜR ALLE? – OPEN ACCESS IN DER KOMMUNE!

Hinter dem Open Access-Gedanken steht der Wunsch öffentlich finanzierte Daten, z.B. Forschungsergebnisse, Gutachten oder auch Karten der gesamten Bevölkerung zugänglich zu machen.

Wir weiten diesen Gedanken auf die kommunale Ebene aus:

Arbeitsergebnisse, die von der Verwaltung oder kommunal finanziert von Dritten erstellt wurden, sollen den Bürgerinnen und Bürgern in digitaler Form kostenfrei zugänglich gemacht werden.

Informationen, die die Kommune im Internet zugänglich macht, müssen auch kostenlos zugänglich sein, auch für Personen, die über keinen eigenen Internetzugang verfügen. Geeignet dazu sind beispielsweise Computer mit Internetzugang in Bibliotheken.

4. LICHT IM DICKICHT? – AUF DER DATENAUTOBAHN ZU BEHÖRDEN!

Viele Verwaltungsgänge sind derzeit schon auf elektronischem Wege möglich.

Wir möchten die Möglichkeiten Behördengänge über das Internet zu erledigen weiter ausbauen und deren Anwendung fördern, bspw. Bei der Anmeldung von PKW, eines Gewerbes oder einer Hochzeit .

Wir werden dabei die Persönlichkeitsrechte und den Datenschutz beachten und austarieren.

5. BARRIEREFREIHEIT IM KOMMUNALEN NETZ

Die Informationen im Internet sind bislang oftmals schwer zugänglich für Menschen mit Behinderung. Auch für Menschen mit Behinderungen muss der Zugang zu kommunalen Informationen im Internet bewältigbar sein.

Die Internetangebote der Kommunen müssen die Vorgaben zur Barrierefreiheit im Internet erfüllen.

Wir fordern deshalb: Eine konsequente Umsetzung der Vorgaben sowohl in der technischen Anpassung der Internetauftritte als auch in der sprachlichen Formulierung in einfacher, verständlicher Sprache.



Was ist Green IT?

Unter dem Stichwort Green IT versteht man Bestrebungen, die Nutzung von Informationstechnik (IT) bzw. Informations- und Kommunikationstechnologie über deren gesamten Lebenszyklus hinweg umwelt- und ressourcenschonend zu gestalten, also vom Design der Systeme zur Produktion der Komponenten, über deren Verwendung bis zur Entsorgung, bzw. dem Recycling der Geräte.

Dabei stehen zwei Themen im Vordergrund: Zum einen der Energieeinsatz bei der Produktion und der Nutzung von Hardware (beispielsweise Computer, Monitore, Drucker) und zum anderen die verwendeten Materialien und Produktionsmittel. Eine weitere Unterscheidung wird zwischen der Energieeinsparung während der Nutzung von IT (z.B. Niedrigenergie-Notebooks) und der Energieeinsparung durch dessen Nutzung (z.B. Ersetzen von Dienstreisen durch Videokonferenzen) gemacht.

Warum Green IT?

Im Rahmen der Klimaschutzdiskussion ist auch die IT intensiv zu betrachten. Mehrere Studien gehen davon aus, dass die anfallende CO₂-Menge der weltweiten IT dem CO₂-Ausstoß des Luftverkehrs entspricht. Die rasante Entwicklung der IT-Branche, deren Produkte mittlerweile fast alle Aspekte des täglichen Lebens prägen, bedeutet nicht nur Erleichterungen in diesen Bereichen, sondern auch einen stetig wachsenden Energiebedarf – sowohl in der Industrie und Wirtschaft, als auch beim privaten Endverbraucher und in Kommunen. Das heißt neben der Reduzierung der Treibhausgasemissionen führen Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz zu Einsparungen und könnten so kommunale Haushalte entlasten.

Bündnis 90/ Die Grünen fordern:

- Die Vorgaben zur Green IT in den Kommunen bestmöglich umzusetzen.
- Die Kommunen sollen über die Möglichkeiten einer energieeffizienten und Ressourcenschonenden IT informieren und alle Möglichkeiten zur Sensibilisierung für dieses Thema ausschöpfen
- Lokale und regionale Anbieter von Green IT-Lösungen sollen im Rahmen kommunaler Wirtschaftsförderung bestmöglich unterstützt werden.



Breitband in Hessen – Grüne kämpfen für einen Ausbau der Datenautobahn

Die Versorgung mit leistungsfähigem Breitband-Internet ist für uns Teil der kommunalen Daseinsvorsorge sowie Voraussetzung von wirtschaftlicher Prosperität und Lebensqualität. Wir setzen uns dafür ein, dass die Versorgungslücke mit hochwertigen Internetanschlüssen im ländlichen Raum schnellstmöglich geschlossen wird.

Wir fordern die zügige Umsetzung zeitgemäß schneller Internetzugänge in ganz Hessen. Wir möchten alle Möglichkeiten der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) nutzen, um den Ausbau der Breitband-Versorgung in den Kommunen voranzutreiben.

Bündnis 90/Die Grünen werden sich in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass die Kommunen eine eigene kommunale Netzstrategie entwickeln, um die flächendeckende Versorgung mit zeitgemäß schnellen Anschlüssen und den Weg dahin sicherzustellen.

Bündnis 90/Die Grünen setzen bei der Versorgung langfristig auf ein leistungsstarkes Glasfasernetz. Da der Aufbau eines Glasfasernetzes langwierig und kostspielig ist, kann unter Einbeziehung der Bevölkerung an Funklösungen (z.B. Freifunk-Netzwerken) gearbeitet werden.

Diskussionspapier der LAG Medien & Netzpolitik/ Hessen zur Piratenpartei

Die Piratenpartei hat im Jahr 2009 für erhebliches Aufsehen gesorgt.

Sie konnte in verschiedenen Wahlen Achtungserfolge erzielen und 2009 ihre Mitgliederzahlen verzehnfachen.

Vor allem unter jungen, netzaffinen Wählern trafen sie auf erhebliche Resonanz.

Dabei gelang es den Piraten, den Eindruck zu erwecken, dass sie als einzige Partei das Thema Netzpolitik kompetent bearbeiten.

Im Umkehrschluss wurde deutlich, dass die grünen netzpolitischen Positionen z.T. noch nicht die öffentliche Aufmerksamkeit erzielen konnten, die dem Sachverhalt angemessen wäre.

Die LAG Medien & Netzpolitik Hessen hat sich seit der Bundestagswahl intensiv mit den Piraten auseinandergesetzt. In Ihren Sitzungen waren jeweils Vertreter der Piratenpartei anwesend und es wurde teils konsent, teils kontrovers über verschiedene Sachthemen diskutiert.

Gemeinsamkeiten – Erster und zweiter Blick

Auf den ersten Blick scheint es eine Menge an Übereinstimmung zwischen den Grünen und den Piraten zu geben.

Beide Parteien widmen sich dem Thema Netzpolitik – im Bundestagswahlkampf 2009 waren die Grünen die einzige Partei neben den Piraten, die diesem Thema in ihrem Wahlprogramm ein eigenes Kapitel widmete.

Beide Parteien zählen Meinungsfreiheit, Persönlichkeitsrechte, eine Reform des Urheberrechts, einen freien Zugang zu Wissen und Kultur zu ihren Zielsetzungen und lehnen die Zensur von Internet-Inhalten nachdrücklich ab.

Beide Parteien erachten Bildung als zentralen Baustein zur Teilhabe an den Errungenschaften der Informationsgesellschaft.

Beide Parteien sprechen sich darüber hinaus für einen flächendeckenden Ausbau der Breitbandversorgung aus und unterstützen die Anwendung quelloffener Software (Open Source).

Beide Parteien werten den Datenschutz als Bürgerrecht, das informationelle Selbstbestimmung ge- und willkürliche Datensammlungen verbietet.

Auf den zweiten Blick zeigen sich aber auch deutliche Unterschiede, beispielsweise in der Einordnung der technologischen Entwicklungen in einen gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozess. Der Beurteilung der Durchdringung der Gesellschaft mit den neuen Informationstechnologien sowie den Schwerpunkten, die daraus gezogen werden.

Im Folgenden sollen einige wesentliche Unterschiede der Politikansätze von Bündnis 90/ Die Grünen und den Piraten anhand von fünf Beispielen exemplarisch dargestellt werden. Für den Kommunalwahlkampf hoffen wir damit Argumentationshilfen für die Auseinandersetzung mit und Abgrenzung von den Piraten zu geben.

Pirate Bay – Die Wiege aller Piraten

Ausgangspunkt aller Piratenparteien ist die ehemalige Internet-Austauschplattform „The Pirate Bay“. Dort entwickelte sich von 2004 bis 2009 eine der größten Tauschbörsen der Welt. Nach verschiedenen urheberrechtlichen Streitigkeiten wurde „The Pirate Bay“ 2009 abgeschaltet.

Die Geschichte der Pirate Bay war geprägt von dem Konflikt zwischen den individuellen Nutzungsrechten und – wünschenswert – der Internet-User auf der einen und den wirtschaftlichen Interessen professioneller Inhalte (Content)-Anbieter auf der anderen Seite.

Die Piraten sehen sich hier als Wahrer der Interessen der Individualnutzer gegenüber den Geschäftsinteressen wirtschaftlicher Unternehmen. Freiheit bedeutet bei den Piraten nicht nur ungehinderten Zugang, sondern auch immer kostenfreien Zugang.

Dieser Konflikt war der Ausgangspunkt des Engagements der Piratenpartei, auf den sie sich mit ihrem Namen beziehen und der sich durch viele inhaltliche Aspekte ihrer Politik zieht.

1. Urheberrecht – Nutzerrechte vs. Interessenausgleich

Dementsprechend stellt die Auseinandersetzung mit dem Urheberrecht einen wichtigen Themenschwerpunkt der Piraten dar. Ihm wird z.B. das erste Kapitel des Grundsatzprogramms gewidmet.

Das bestehende Urheberrecht wird als veraltet und in der jetzigen Form als Hemmschuh für die Entwicklung der Wissensgesellschaft gesehen.

Auch die Grünen sprechen sich für eine zeitgemäße Reform des Urheberrechts aus.

Was Piraten und Grüne jedoch fundamental unterscheidet ist, die Bewertung des „geistigen Eigentums“.

Während die Piraten dieses fast vollständig negieren und die Rechte der Nutzer an den Werken hervorheben¹, versuchen Bündnis 90/ Die Grünen mit Konzepten für einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen der Autoren, der Verwerter und der Nutzer zu erreichen.

¹ Siehe Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland, S. 1: „Die derzeitigen gesetzlichen Rahmenbedingungen im Bereich Urheberrecht beschränken jedoch das Potential der aktuellen Entwicklung, da sie auf einem veraltetem Verständnis von so genanntem „geistigen Eigentum“ basieren, welches der angestrebten Wissens- oder Informationsgesellschaft entgegen steht.“

2. Transformation durch Informationstechnologien – Revolution oder Evolution?

Bündnis 90/ Die Grünen wie die Piraten sind sich einig in der Auffassung, dass durch die technischen Innovationen im Bereich der Informationstechnologie weitreichende gesellschaftliche Veränderungen ausgelöst werden.

Die Grünen bewerten dies als weiteren Schritt in der gesellschaftlichen Evolution, als „Übergang von der Industrie in die Wissensgesellschaft“.²

Die Piratenpartei verwendet hier häufiger den Begriff der „Digitalen Revolution“, was mit der Bewertung der Entwicklung als revolutionäre Neuerung einher geht und stellt keinen Bezug zu früheren Transformationen durch technologischen Wandel her.³

3. Konzentration auf Kernthemen

Damit korrespondiert, dass sich die Piratenpartei schwer tut, programmatische Schwerpunkte außerhalb des Themas Netzpolitik zu setzen.

Alle im Grundsatzprogramm avisierten Kernthemen kreisen mehr oder weniger um diesen Bereich.

Im Landtagswahlkampf NRW wurde das Themenspektrum allerdings erheblich erweitert.⁴

Dies deutet darauf hin, dass die Piraten selbst die Notwendigkeit erkennen, sich auf Dauer thematisch breiter aufzustellen, um sich zusätzliche Wählergruppen zu erschließen.

Im Rahmen der grünen Programmatik stellt die Netzpolitik einen Baustein in der Bearbeitung der gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts dar.

² Die Zukunft ist grün, Grundsatzprogramm Bündnis 90/ Die Grünen, S. 91

³ „Die Globalisierung des Wissens und der Kultur der Menschheit durch Digitalisierung und Vernetzung stellt deren bisherige rechtliche, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen ausnahmslos auf den Prüfstand.“ Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland, S.1. Präambel.

⁴ So enthält das Landtagswahlprogramm der Piraten in NRW auch Kapitel zur Innen-, Umwelt-, Kultur-, Gesundheits- und Drogenpolitik sowie zu den Bereichen bauen und Verkehr, Wirtschaft und Finanzen und Arbeit und Soziales.

4. Freiheit vs. Zugangsgerechtigkeit – Wissen für alle?

Im Rahmen dieser Entwicklung sehen die Piraten alle Rahmenbedingungen staatlichen Handelns auf dem Prüfstand (rechtliche, wirtschaftliche und soziale) und fürchten, dass die Freiheitsrechte der Nutzer durch falsche Richtungsentscheidungen zu schwerfälliger Akteure beschnitten werden könnten. Der Begriff der Freiheit steht im Zentrum dieses Konzepts, womit hier die individuelle Handlungsfreiheit des Nutzers gemeint ist.

Die Position der Grünen konzentriert sich dagegen auf den Begriff Zugangsgerechtigkeit: „Uns geht es um gerechte Zugangschancen für alle Menschen auf dieser Welt. Das Recht auf einen freien Zugang zum Internet ist eine entscheidende Teilhabefrage des 21. Jahrhunderts.“⁵ Freiheit ist in diesem Ansatz zweckgebunden als Voraussetzung für Zugangsgerechtigkeit.

5. Ich surfe, also bin ich?

Die thematische Ausrichtung der Piraten sowie die junge und internet-affine Mitgliederstruktur führt dazu, dass die Piraten das Internet und alle damit zusammenhängenden Entwicklungen aus einer „Insider“-Perspektive betrachten. Sie sind zweifelsohne Experten auf diesem Gebiet und im Durchschnitt sicher mehr mit der Materie vertraut, als dies im Bevölkerungsdurchschnitt der Fall ist.

Dies führt aber dazu, dass sie die Durchdringung der Gesellschaft mit dem Internet über- und die noch bestehende Distanz von Teilen der Bevölkerung zum Internet unterschätzen. Für die Piraten gilt: „Ich surfe, also bin ich“ und wenn ich nicht surfe, dann bin ich eben nicht. Insofern kann man die Piraten durchaus als „Klientel-Partei“ bezeichnen, die sich schwer tut - wenn nicht sogar weigert -, die Perspektive anderer gesellschaftlicher Gruppen zu berücksichtigen.

Deutlich wird dies z.B. an mangelnden Konzepten zur Erlangung von Medienkompetenz und Barrierefreiheit ebenso wie durch eine große Distanz zur Position der Urheber.

Bündnis 90/ Die Grünen decken diese Bereiche selbstverständlich ab.

⁵ Aus der Krise hilft nur grün. Bundestagswahlprogramm 2009. Bündnis 90/ Die Grünen, S. 195.

Piraten in Hessen

Organisation Hessen

- In Hessen existieren derzeit (Stand: 12.6.2010) 13 Kreisverbände sowie 2 sog. Crews, d.h. Ortsgruppen in loser Organisation.
- Die Mitgliederzahlen schwanken zwischen 7 im Werra-Meißner –Kreis und 127 in Frankfurt.
- Piraten sind erwartungsgemäß ein überwiegend urbanes Phänomen, das sich im Großraum Rhein-Main sowie den Universitätsstädten konzentriert.
- Die Mitgliederstärksten Ortsgruppen finden sich in Frankfurt (127), Wiesbaden (64), Offenbach Land (62), Darmstadt Stadt (57) und im Main-Kinzig-Kreis (46).
- Da die Mitgliederdecke dünn ist, steht zu erwarten, dass sich die Piratenpartei nur in einigen Kommunen an der Kommunalwahl beteiligen wird. Am wahrscheinlichsten erscheint dies in Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden der Fall zu sein.
- Das Durchschnittsalter der Piraten beträgt 29 Jahre. Zum Vergleich: Die Grünen sind mit einem Durchschnittsalter von 46 die zweitjüngste Partei.

Inhalte Kommunalwahl

Das Kommunalwahlprogramm der Piraten soll bis Mitte November beraten und dann in Kreisparteitagen bis Mitte Dezember verabschiedet werden.

Bisher existieren nur lose Themensammlungen in Wikis. Diese beinhalten die Themen

- Bildung (Familie & Soziales)
- Mitbestimmung/ direkte Demokratie
- Haushalt
- Bürokratie abbauen
- Transparenz
- Kultur
- Infrastruktur
- Datenschutz
- Sozialeinrichtungen/ Gesundheitsversorgung⁶

⁶ Stand: 12.6.2010 <http://hessen.piratenpad.de/Kommunalwahl2011>